Liebe Leserinnen und Leser,

Mitte Februar hat die EU-Kommission die Verhandlungsgrundlage für die von elf EU-Staaten geplante Finanztransaktionssteuer vorgelegt. Wie erwartet entspricht der Vorschlag im wesentlichen dem früheren Richtlinienentwurf für die EU-weite Finanztransaktionssteuer. Allerdings will die EU-Kommission nun nicht mehr nur sämtliche Transaktionen von in den teilnehmenden Staaten ansässigen Akteuren besteuern (Sitzlandprinzip), sondern auch Transaktionen mit in den teilnehmenden Staaten ausgegebenen Finanzprodukten. Dieses sogenannte Ausgabeprinzip liegt der seit lange angewandten britischen Stempelsteuer zugrunde.

Auf Basis dieses Entwurfs können nun die endgültigen Verhandlungen zwischen den Regierungen um die Ausgestaltung der Steuer beginnen. Stimmberechtigt sind nur die Vertreter der elf an der Verstärkten Zusammenarbeit teilnehmenden Staaten, teilnehmen dürfen jedoch Vertreter aller EU-Staaten. Bei der am 22. Januar vorausgegangenen Abstimmung im Ecofin hatten Ungarn, Malta, Großbritannien und Luxemburg eigene Protokollerklärungen sowie sechs Staaten eine gemeinsame Erklärung abgegeben: Großbritannien sieht darin die Voraussetzungen für die Verstärkte Zusammenarbeit verletzt, Luxemburg behält sich Rechtsmittel vor, etc.. Auch wenn also letztlich die elf Staaten der Verstärkten Zusammenarbeit die Entscheidung unter sich ausmachen können, werden die anderen EU-Staaten in den Verhandlungen ständig intervenieren, wenn sie sich von der Steuer berührt fühlen. Durch das Sitzland- und Ausgabeprinzip sind Konflikte vorprogrammiert. Ob die Steuer tatsächlich wie geplant 2014 kommen wird, ist daher fraglich.

Jetzt ist darauf zu achten, dass der überwiegend positive Vorschlag nicht verwässert wird. Die FDP wettet bereits gegen die Pläne. Sie ist allerdings an den Kabinettsbeschluss vom vergangenen Juni gebunden, der eine umfassende Steuer anstrebt. Die Verhandlungen werden außerdem von deutscher Seite vom Unions-unterstellten Finanzministerium geführt und wenn es tatsächlich zur Umsetzung des Verhandlungsergebnis kommen wird, dürfte die FDP (hoffentlich) nicht mehr an der Regierung sein. Somit sind die Attacken der FDP zwar ärgerlich, aber auch kein Grund zur Panik.

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Verhandlungsgrundlage der Kommission für die teil-europäische Finanztransaktionssteuer
- Kampagnenaktivitäten

Entwicklungen im Inland:

Februar:

24. Februar: [Bundesfinanzminister Schäuble](#) rechnet für 2014 nicht mehr mit Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer.

21. Februar: [Allianz-Chef Michael Diekmann](#) fordert, Lebensversicherungen und Riester-Renten von der Finanztransaktionssteuer auszunehmen.

21. Februar: [Bundesfinanzminister Schäuble](#) warnt vor zu hohen Erwartungen an die Finanztransaktionssteuer - sowohl beim Aufkommen als auch beim Zeitplan.

20. Februar: [Wolfgang Franz](#), Chef der Wirtschaftsweisen, hält die Einführung einer Finanztransaktionssteuer grundsätzlich für richtig.
20. Februar: FDP-Fraktionsvorsitzender [Rainer Brüderle](#) will eine Anhebung des Sparer-Freibetrags und Regeln für Riester-Sparer als Kompensation zur Finanztransaktionssteuer.
19. Februar: Der [Bundesverband der Wertpapierfirmen](#) fordert eine Ausnahme für Market Maker.
18. Februar: FDP-Chef und Wirtschaftsminister [Philipp Rösler](#) bekennt sich grundsätzlich zur Finanztransaktionssteuer - es gäbe aber noch offene Fragen.
18. Februar: Die Bundesregierung werde alles daran setzen, "dass die Beratungen zur Einführung dieser Finanztransaktionssteuer zügig ablaufen", so [Bundeskanzlerin Merkel](#).
17. Februar: Der [europäische Wirtschaftssachverständigenrat EAAG](#) schlägt vor, dass die EU sämtliche Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer bekommen solle.
17. Februar: Der CDU-Haushaltsexperte [Norbert Barthle](#) hält die FDP-Kritik an der Finanztransaktionssteuer nicht für "sonderlich hilfreich".
17. Februar: [SPD-Generalsekretärin Nahles](#) wirft der FDP Wortbruch vor.
16. Februar: [FDP-Fraktionsvize Volker Wissing](#) meldet Widerstand gegen die Finanztransaktionssteuer an.
14. Februar: [Georg Fahrenschon](#), Präsident des Deutschen Sparkassen und Giroverbands, macht die Finanztransaktionssteuer madig.
7. Februar: Nach einer Umfrage von Ernst & Young unter 50 deutschen Instituten sind 31 Prozent der Banken für eine Finanztransaktionssteuer, weitere vier Prozent finden, sie träfe den Richtigen, 21 Prozent halten die Steuer für wirkungslos und nur 29 Prozent sind klar dagegen (Handelsblatt-Printausgabe).
2. Februar: [Hans-Werner Sinn](#), Präsident des Ifo-Instituts, ist inzwischen der Meinung, dass die Finanztransaktionssteuer eine gute Idee ist.

Januar:

29. Januar: Der [Petitionsausschuss](#) des Deutschen Bundestags schließt die Petition von "Steuer gegen Armut" ab.
29. Januar: Der Chef-Anlagestrategie der [Commerzbank](#) nennt die Kleinsparerdebatte einen "Sturm im Wasserglas": Anleger würden die Finanztransaktionssteuer nicht spüren, denn es ginge bei den Belastungen um Nachkommastellen.
28. Januar: Microsoft-Gründer [Bill Gates](#) und SPD-Vorsitzender [Sigmar Gabriel](#) wollen Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer für Entwicklungshilfe benutzen.
23. Januar: Der Verband der [Deutschen Kreditwirtschaft](#) lehnt die geplante Finanztransaktionssteuer als

wettbewerbsverzerrend und destabilisierend ab.

23. Januar: Laut FDP-Fraktionsvize [Volker Wissing](#) könnte die FDP der Finanztransaktionssteuer im Bundestag die Zustimmung verweigern - mit Verweis auf Verlagerungen oder Sparer und Realwirtschaft.

19. Januar: Hessens Ministerpräsident [Volker Bouffier](#) (CDU) lehnt die Finanztransaktionssteuer weiterhin ab.

11. Januar: [Birgit Schnieber-Jastram](#), Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe für Entwicklungspolitik im Europaparlament, hält es für denkbar, die Finanztransaktionssteuer für Entwicklungsfinanzierung zu nutzen. Sie würde sich aber nicht auf diese Forderung versteigen - ein sehr schwaches Engagement für ihr Ressort.

9. Januar: [Finanzminister Schäuble](#) und sein französischer Kollege Moscovici werden wegen der Jubiläumsfeier zum Elysee-Vertrag nicht am nächsten Ecofin teilnehmen. Deswegen solle die Abstimmung über die Finanztransaktionssteuer auf Februar verschoben werden.

Entwicklungen im Ausland:

Februar:

27. Februar: „Die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer könnten eine gute Quelle sein, um den Vereinbarungen im Kampf gegen Armut nachzukommen“, so EU-Entwicklungshilfekommissar [Andris Piebalgs](#).

27. Februar: Die [indische Regierung](#) schlägt eine neue Steuer auf Transaktionen mit Rohstoffkontrakten vor.

26. Februar: Zyperns neuer Präsident [Nikos Anastasiades](#) stellt sich gegen die Finanztransaktionssteuer.

25. Februar: [Chris Leslie](#), britischer Abgeordneter und Schattenfinanzminister der Labour-Partei, sieht die Finanztransaktionssteuer positiv.

21. Februar: EU-Steuerkommissar [Algirdas Semeta](#) wirbt im britischen Guardian für die Finanztransaktionssteuer.

16. Februar: Die [österreichische Regierung](#) rechnet mit 500 Millionen Euro Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer.

16. Februar: [Othmar Karas](#) (EVP), der frischgekürte Unterhändler des EU-Parlaments für die Finanztransaktionssteuer, fordert einen erhöhten Steuersatz auf OTC-Geschäfte.

14. Februar: [Sven Giegold](#), Europa-Abgeordneter der Grünen, fordert in Ergänzung des Kommissionsvorschlags die Einrichtung eines dauerhaften Finanztransaktionssteuer-Komitees, das "mit administrativen Maßnahmen gezielt und schnell auf Steuerumgehung und Steuerhinterziehung reagiert".

14. Februar: Die [EU-Kommission](#) legt den neuen Vorschlag für die Finanztransaktionssteuer vor. EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta nennt ihn "fair und sachlich ausgereift".

8. Februar: In den Schlussfolgerungen des [Europäischen Rats](#) werden die an der verstärkten Zusammenarbeit teilnehmenden Mitgliedstaaten "ersucht zu prüfen, ob dies die Grundlage für eine neue Eigenmittelkategorie für den EU-Haushalt werden könnte".

Januar:

30. Januar: Die [EU-Kommission](#) rechnet bei der geplanten Finanztransaktionssteuer in den elf Staaten mit Einnahmen von 35 Milliarden Euro, wenn die Steuer neben dem Sitzlandprinzip auch nach dem Ausgabeprinzip erhoben würde.

30. Januar: Der zyprische Finanzminister [Vassos Shiarley](#) lehnt es ab, im Gegenzug für Finanzhilfen eine Finanztransaktionssteuer einzuführen.

23. Januar: Frankreichs Finanzminister [Moscovici](#) rechnet mit einer Vorbereitungszeit für die Finanztransaktionssteuer von mindestens zwei Jahren. Einnahmen könnte es ab 2015 geben.

22. Januar: US-Senator Tom Harkin und US-Abgeordneter Peter DeFazio wollen erneut ihren Gesetzentwurf für eine [US-Finanztransaktionssteuer](#) einbringen.

22. Januar: Die [Wiener Börse](#) fordert, dass der außerbörsliche Handel bei der Finanztransaktionssteuer stärker oder ausschließlich besteuert würde: Außerbörsliche Handelsplätze erfüllten keine volkswirtschaftliche Aufgabe, da Börsengänge und Kapitalerhöhungen nur an geregelten Handelsplätzen möglich seien.

22. Januar: Die [EU-Finanzminister](#) geben die Einführung der Finanztransaktionssteuer durch elf Staaten im Rahmen einer Verstärkten Zusammenarbeit frei.

22. Januar: [Erzbischof Njongonkulu Ndungane](#) aus Südafrika unterstützt die Forderungen von "Steuer gegen Armut".

19. Januar: [Joseph Stiglitz](#) fordert von der neuen Obama-Regierung eine Finanztransaktionssteuer, um die Ungleichheit zu verringern und die Wirtschaft zu beleben.

4. Januar: Auf Anraten nordischer Banken wird [Litauen](#) vorerst nicht der Verstärkten Zusammenarbeit beitreten, so Premierminister Butkevicius.

EU-Kommission legt Verhandlungsgrundlage für die teil-europäische Finanztransaktionssteuer vor

Nach dem Scheitern der EU-weiten Finanztransaktionssteuer haben am 22. Januar elf Staaten die Einführung im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit beschlossen. Die EU-Kommission hat hierzu am 14. Februar einen neuen Entwurf vorgelegt. Dieser orientiert sich im wesentlichen am Entwurf für die EU-weite Finanztransaktionssteuer (Mindeststeuersatz von 0,1 % auf Aktien und Anleihen und 0,01 % auf den Nennwert von Derivaten). An den nun folgenden Verhandlungen können alle EU-Mitgliedstaaten teilnehmen. Jedoch sind nur die elf Mitgliedstaaten, die sich zur verstärkten Zusammenarbeit entschlossen haben, stimmberechtigt.

Neu ist (laut [Kommissions-Memo](#)):

- Neben dem Herkunftslandprinzip (Transaktionen von Institutionen mit Sitz in den Steuerstaaten werden besteuert) wird auch das Ausgabeprinzip angewandt (Transaktionen mit in den Steuerstaaten ausgegebenen Finanzprodukten werden besteuert).
- Mitgliedstaaten und öffentliche Einrichtungen zur Schuldenverwaltung sowie die EZB, der EFSF und der ESM werden von der Steuer ausgenommen.
- Der Austausch von Finanzprodukten wird als zwei Transaktionen besteuert, während Pensionsgeschäfte (Repos) und Wertpapierleihe nur als eine Transaktion besteuert werden.
- Die Ausgabe von Anteilen an Organismen für gemeinsame Anlagen (OGAW) und deren Restrukturierung wird steuerbefreit.

Devisen sollen explizit nicht besteuert werden. Bei der EU-weiten Finanztransaktionssteuer war dies rechtlich begründet. Nun kommt noch hinzu, dass nicht alle Euro-Staaten an der Verstärkten Zusammenarbeit teilnehmen.

Die Kommission hat sich auch gegen die Steuerbefreiung von Pensionsfonds ausgesprochen. Dies ist eine Bedingung für die niederländische Regierung für den Beitritt zur Verstärkten Zusammenarbeit.

Die Kommission veranschlagt etwa 30 bis 35 Mrd. € an Einnahmen. Das zusätzliche Aufkommen aus dem Ausgabeprinzip wird auf lediglich 1,2 Mrd. € geschätzt. In ihrer Folgenabschätzung schätzt die Kommission das Aufkommen für Deutschland auf 11,75 Mrd. € (entsprechend seines Anteils am BIP der elf Staaten der Verstärkten Zusammenarbeit).

Alle relevanten Dokumente finden sich unter:

http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/other_taxes/financial_sector/index_de.htm

WEED hat den neuen Entwurf kommentiert: "Finanztransaktionssteuer: EU verschärft Maßnahmen gegen Steuerumgehung"

<http://www.weed-online.org/themen/6626322.html>

Kampagnenaktivitäten

Kampagnenversammlung am 20.2. in Hannover

Am 20. Februar trafen sich die Kampagnenorganisationen zur Mitgliederversammlung in Hannover, um über aktuelle Entwicklungen zu diskutieren und die weitere Strategie festzulegen.

Auf der Mitgliederversammlung wurde auch ein [politisches Forderungspapier](#) zur Mittelverwendung verabschiedet, das ergänzt wird von drei kurzen [Argumentationspapieren](#): Warum und wofür wir konkret mehr Geld wollen bei der Bekämpfung internationaler Armut, der Bekämpfung von Armut in Deutschland sowie dem Schutz von Klima, Umwelt und Biodiversität.

Kampagne interveniert in Bundestagswahlkampf

Im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes hat sich die Kampagne mit hochrangigen Vertretern von CDU/CSU, SPD, Linken und Grünen getroffen - also denjenigen Parteien, die sich für eine Finanztransaktionssteuer einsetzen. Das Ziel der Treffen war, für die Einnahmenverwendung im Sinne der Kampagne zu werben und darauf hinzuwirken, dass die Kampagnenforderungen in den Wahlprogrammen aufgenommen werden und natürlich später auch umgesetzt werden.

Dazu traf sich die Kampagne

- am 21. Februar mit SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück, dem Berichterstatter zur Finanztransaktionssteuer Dr. Carsten Sieling und der stellvertretenden entwicklungspolitischen Sprecherin Dr. Bärbel Kofler;
- am 26. Februar mit dem Fraktionsvorsitzenden und Spitzenkandidaten von Bündnis 90/Die Grünen, Jürgen Trittin sowie dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Thilo Hoppe;
- am 26. Februar mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer, finanzpolitischen Sprecher und stellvertretenden Parteivorsitzenden der Linken, Dr. Axel Troost;
- und am 28. Februar mit Unions-Vertretern, d.h. dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Dr. Michael Meister (Finanzen) und Dr. Christian Ruck (Entwicklung), den Entwicklungspolitikerinnen Dagmar Wöhl (Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und Sibylle Pfeiffer (Entwicklungspolitische Sprecherin) sowie Frank Heinrich (Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe).

Die Gesprächspartner aller Parteien haben Antwortschreiben zugesagt und zum Teil schon geliefert. Auf unserer Kampagnenwebseite dokumentieren wir die Antworten:

<http://www.steuer-gegen-armut.org/politisches/deutschland/parteien/wahlkampf-2013.html>

Abschluss der Kampagnenpetition

Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags hat das Verfahren zur Petition "Steuer gegen Armut" offiziell abgeschlossen. Die Kampagne hatte Ende 2009 innerhalb von drei Wochen 55.000 Unterschriften für die [Petition](#) gesammelt und damit den medienmäßigen und politischen Durchbruch unseres Anliegens erzielten.

Der Petitionsausschuss stellt in seiner Begründung fest, *"dass dem vorgetragenen Anliegen teilweise entsprochen worden ist. Er kann nicht in Aussicht stellen, weitergehend im Sinne des Anliegens tätig zu werden, und empfiehlt daher, das Petitionsverfahren abzuschließen."*

Der abweichende Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion DIE LINKE. und der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Petition der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, sie den Fraktionen des Deutschen Bundestages zur Kenntnis zu geben und sie dem Europäischen Parlament zuzuleiten, wurde mehrheitlich abgelehnt."

Zur gesamten Begründung: <http://tinyurl.com/abschlusspetition>

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

www.steuergegenarmut.org und auf [Facebook](#).

Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac.